Es gilt das gesprochene Wort!

**Haushaltsrede der GRÜNEN im Gemeinderat Rheinfelden am 13.12.2018**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Auch dieses Jahr können wir die frohe Botschaft der Kämmerei entgegennehmen, dass auch das Haushaltsjahr 2019 von einer außerordentlich guten Wirtschaftslage in Deutschland geprägt sein wird. Ich erspare es Ihnen allerdings, noch einmal die Zahlenflut der Haushalts-Eckdaten wiederzukäuen und komme gleich auf unseren besonderen Schwerpunkt des HH 2019 zu sprechen. Ich möchte ihn in die Fragen kleiden:

Wie wollen wir als solidarische Stadtgesellschaft zusammenleben, wie wollen wir die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gestalten und erhalten? Wofür wollen wir Steuergelder so einsetzen, dass sie ökologisch und sozial nachhaltig wirken können? Und dies unter dem Parameter der Generationengerechtigkeit?

Neben der digitalen Stadt und Smart City brauchen wir vor allem die ökosozial funktionierende Stadt.

Zu einer zukunftsfähigen Stadt gehören ein funktionierendes Sozialsystem, eine gute Kita - Betreuung mit ausreichenden Quoten, qualitativer Betreuung, Zugang zu Bildung und gut ausgestattete Schulen. Dazu Gebäude und Wohnquartiere, die den Ansprüchen an eine moderne, energie- und damit klimaeffiziente Gebäudestruktur entsprechen.

Wir werden uns als eine der sonnenreichsten deutschen Städte bedeutend mehr als bisher auf den **Klimawandel** einstellen müssen. Die bisherigen Anstrengungen reichen nicht aus. Im ablaufenden Jahr hat es 40 Hitzetage über 30 Grad gegeben – viermal so viel als sonst üblich. Das führt zu Hitzeinseln in unserer Stadt, die beispielsweise mit intelligenten Begrünungen, auch an Fassaden angegangen werden können. Damit können Temperaturreduzierungen von 10-14 Grad erreicht werden. Auch dies gehört zur Vision einer Smart City. In diesem Zusammenhang bedauern wir, dass die SPD-Fraktion im Hauptausschuss eine Weiterführung der Stelle einer Klimaschutzmanagerin mehrheitlich abgelehnt hat, freuen uns aber, dass diese Weiterführung als 50%-Stelle dennoch eine breite Mehrheit gefunden hat.

**Der Sozial- Haushalt**

 ist wie immer der teuerste Einzelhaushalt. Die KITAS sind inzwischen einer der größten Budgetposten im Stadthaushalt. Aber die Kosten von fast 8 Millionen Euro des KITA-Bereichs sind uns wie immer eine Investition in die erste gute und qualitative Bildung und Betreuung unseres Nachwuchses wert. Frühkindliche Bildung öffnet den Zugang in eine gelungene Sozialisation. Rheinfeldens KITA-Beitrag ist sozial gestaffelt und trägt soweit allen Einkommensschichten Rechnung. An finanziellen Gründen sollte es nicht scheitern, für sein Kind einen KITA-Platz zu bekommen. Es fehlen schlichtweg Plätze. Das ist das Rheinfelden als Zuzugsregion und familienfreundliche Stadt geschuldet. In der Planung ist der weitere Bau eines Kindergartens.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns gegen das von der SPD angestrebte Volksbegehren für gebührenfreie KITAs in Baden-Württemberg. Die damit verbundenen Mehrausgaben von ca. 700 Mio. Euro sind vom Landes-Haushalt einfach nicht zu stemmen. In Rheinfelden haben wir eine gute Regelung in Form sozial gestaffelter Beiträge gefunden.

**Ehrenamt und Beteiligung:**

Die Projekte „Engagierte Stadt“, Präsenz und ein gut vernetztes bürgerschaftliches Engagement mit Anerkennungskultur fordern unsere weitere finanzielle wie auch ideelle Unterstützung. Erfolgsmodelle, die in den letzten Jahren gefördert und angestoßen wurden, verlangen nach qualifizierter Weiterführung.

Das Ehrenamt –verankert in der Verwaltung mit der Freiwilligenagentur- ist sehr engagiert im Rahmen der „Engagierten Stadt“ und schafft es immer wieder, Fördergelder zu generieren, um die erfolgreichen Programme weiterzuführen.

Mit den Projekten „Präsenz“ und der „Nachbarschaftshilfe“ soll es möglichst vielen Senioren ermöglicht werden, länger in der Wohnung zu bleiben.

Auch haben wir über die Caritas eine ausreichende Unterstützung für Senioren, ihren Alltag in der eigenen Wohnung verträglich zu gestalten - dies über Sozialstation und Tagesstätte; jetzt auch seitens der Diakonie mit dem Treffpunkt für psychisch kranke Menschen. Hier können auch weiterhin soziale Kontakte erfolgen.

Dies alles mit einem Haushaltsansatz für 2019 von ca. 415.000 €.

Das Quartiersmanagement Oberrheinfelden kann uns als Beispiel für die Gestaltung neuer Beziehungen und des Unterstützungsmanagements für Junge und Alte in den Quartieren gelten.

Das Familienzentrum ist aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken und für viele Familien eine Anlaufstelle für Fragen und Kontaktmöglichkeiten. Es muss dringend räumlich erweitert werden.

In der Innenstadt und den Ortsteilen bewirtschaften wir Treffpunkte für caritative und sportliche Aktivitäten. Diese sind kontinuierlich zu sanieren. Dafür stellen wir im Haushalt finanzielle Mittel zur Verfügung.

Bedanken möchten wir uns für die unbezahlbare Arbeit der in den unterschiedlichsten Ehrenämtern tätigen Bürgerinnen und Bürger in den Vereinen, Organisationen und im Dienste der Stadt.

**Flüchtlingsarbeit:**

Die Flüchtlingswelle ebbt ab, braucht aber weitere Unterstützungsleistungen in Richtung schulische, berufliche Integration und Wohnungsversorgung. Gebraucht wird die persönliche Unterstützung für Familien und die Integration der Kinder in unsere Stadtgesellschaft.

Wie wir heute Morgen in der Zeitung lesen konnten, leben zurzeit wieder über 70 % der im Landkreis Aufgenommenen in den beiden Rheinfelder Gemeinschaftsunterkünften.

Grundlage ist für die gelingende Integration das Integrationskonzept „ IMAP“.

In der Flüchtlingsarbeit ist inzwischen eine gewisse Stabilität eingekehrt. Die Stadt hat sich mit der Städtischen Wohnbau und privaten Vermietern der Aufgabe der Flüchtlings-Anschlussunterbringung nach Quote in Rheinfelden gestellt. Dies gilt für Flüchtlinge mit dem Status des Bleiberechts und der Möglichkeit und der Auflage, aus der Gemeinschaftsunterkunft auszuziehen. Hier hat die Stadt mehr als die Quote erfüllt.

Die von der Stadt eingestellten Integrationsmanager leisten eine profunde Arbeit und sind Ansprechpartner für alle Belange.

Wir wünschen uns für Rheinfelden eine konstruktive Mitsprachekultur sowie eine intensive **Bürgerbeteiligung**. Auch hier sind mit den Mitteln für die Durchführung der Wahlen Gelder im Haushalt eingestellt. Bürgerinformationen, Einwohnerversammlungen (zurzeit vor allem zu Bauthemen), die Einbeziehung der Bürger in Entscheidungen fördern dies. Rheinfelder Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, mitzuwirken und ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen.

Für das Amt für Familie, Jugend und Senioren gibt es im nächsten Jahr einen Führungswechsel. Wobei wir uns für die Zukunft sowohl Kontinuität bei den angestoßenen Projekten als auch neue Ideen wünschen, die Rheinfelden weiterbringen.

Der Einzug ins Soziale Rathaus hat viele Synergien auch mit dem Bürgertreff Gambrinus sowie dem Tafelladen eröffnet. Der notwendige barrierefreie Zugang ist mit dem Aufzug nun endlich sichergestellt.

Innerhalb des Amtes für Familie, Jugend und Senioren ist es gelungen, vielerlei Kooperationspartner einzubeziehen und diese zu fördern – und auch zu fordern.

So hat sich ein gutes Gefüge gebildet, das unsere Stadt auch immateriell weiterbringt.

**Jugend:**

Jugendarbeit lebt vom Mitmachen. Als Stadt stellen wir den Jugendlichen mit dem Jugendhaus eine optimale „Spielwiese“ zur Verfügung und fördern dies mit ca. 500.000 €.

Die Jugendarbeit Rheinfelden widmet sich neben der klassischen Jugendarbeit im Jugendhaus auch im nächsten Jahr dem Thema Demokratieförderung.

Wir fordern und fördern die Beteiligung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an den Entscheidungsprozessen in der Stadt und die Wahrnehmung und Formulierung ihrer eigenen Interessen. Um zur Demokratieförderung und der Beteiligung junger Menschen am politischen Alltag beizutragen -und vor allem zur Wahrnehmung ihrer ureigenen Interessen- unterstützen wir die Bildung und Etablierung des 8 -er Rates. Hier bietet sich ein Lernfeld für demokratisches Handeln und politische Diskussionen. Gefördert mit ca. 25.000 €.

Das Jugendhaus könnte aus unserer Sicht immer noch mehr Öffnungszeiten, mehr Nutzung und mehr Nutzer vertragen. Unterstützt wird die Jugendarbeit auch in den Ortsteilen und vor allem in den Vereinen.

Die „Mobile Jugendarbeit“ wurde ausgelagert und ist inzwischen mit ausreichendem Personal unterwegs.

Das inzwischen etablierte Projekt „Nachtwanderer“ ist mit viel ehrenamtlicher Unterstützung gut und wirksam angelaufen.

**Schulen:**

Rheinfelden hat zurzeit zwei Modell -Ganztagsgrundschulen, die eine qualifizierte Betreuung und Versorgung der Schüler sicherstellen. Das braucht ausreichende finanzielle Mittel, die im Haushalt zur Verfügung gestellt werden.

Die Gemeinschaftsschule in der Schillerschule zeichnet sich als Erfolgsmodell ab. Wir Grünen hatten die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gefordert, da sie vielen Schülern eine individuelle Beschulung und Förderung bieten kann.

Der Haushalt der Stadt stellt für die Ausstattung, Erstellung erforderlicher Räume, kontinuierliche Sanierungen und energetische Ertüchtigung aller unserer Schulen mehrere Millionen Euro zur Verfügung.

**Bürgerheim:**

Um das Bürgerheim zukunftsfähig bzw. die Vorgaben der Landesheimbauverordnung zu erfüllen, sind für die nächsten Jahre umfangreiche Neu- und Umbauten und Investitionen mit einem Millionenaufwand erforderlich.

Zu den Pluspunkten des Bürgerheims mit seinen Pflegestationen, dem betreuten Wohnen und den Wohnungen für noch selbständig lebende Personen zählt, dass das Bürgerheim immer wieder fast ohne Beanstandungen von der Heimaufsicht kontrolliert wird.

Die fast volle Auslastung und der ausreichende Personalbestand in der Pflege und Hauswirtschaft sorgen für eine gute Atmosphäre. Schwachstellen im finanziellen Budget werden weiter angegangen und es wird versucht, sie so personalverträglich wie möglich zu verbessern.

**Kultur:**

Die kulturellen Angebote, insbesondere die Feiern zum 100-jährigen Bestehen unserer Stadt sind finanziell so auszustatten, dass es nicht wieder zu Defiziten im Budget kommt. Das heißt, Highlights in der Stadtgeschichte dürfen nicht immer im finanziellen Minus enden, weil wir nicht genügend vorgesorgt haben.

Zur vorigen Klausur wurden seitens der Verwaltung 850.000 € für das 100-jährige Jubiläum der Stadt vorgeschlagen und auf Betreiben der CDU-Fraktion in der jetzigen Finanzplanung auf 700.000 € reduziert. Dies ist zunächst noch eine gegriffene Zahl. Wir sollten jedoch die enorme Außenwirkung von qualitativ hochwertigen Veranstaltungen nicht unbeachtet lassen und können nach Vorliegen einer detaillierten Planung immer noch kürzen, sollte der Ansatz sich als zu hoch erweisen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch der dann anstehende Führungswechsel im Kulturamt.

Die Städtepartnerschaften dienen der Förderung der demokratischen Grundhaltung und werden finanziell unterstützt. Sie leben von den Menschen, die sie leben und beleben.

Mit der weiteren angemessenen finanziellen Ausstattung der Stadtbibliothek, der Volkshochschule und der Musikschule bietet die Stadt Foren für lebenslanges Lernen.

Der Dauerbrenner **Kapuzinerstraße** hat sich einen wichtigen weiteren Schritt in Richtung Fußgängerzone entwickelt. Der Bebauungsplan weist hier endlich auch eine verkehrsberuhigte Zone aus. Mit dem Bau des Hochrheincenters II einschl. einer Tiefgarage ist dort die Stellplatzfrage im oberirdischen Bereich grundsätzlich geklärt.

Der vom Stadtteilbeirat „Innenstadt“ über die SPD-Fraktion eingebrachte Antrag zur **Umgestaltung der Friedrichstraße** bedarf noch einiger Klärungen. Ein wichtiger Schritt zur Verkehrsberuhigung ist ja schon durch das Einrichten von Tempo 30 erfolgt. Weitere Maßnahmen, insbesondere der Vorschlag einer Umgehung zum Heraushalten des Durchgangsverkehrs lehnen wir ab, da nur eine Verlagerung des Verkehrs in andere bewohnte Quartiere erfolgen wird. Eine Verbesserung der Geschäftsstruktur ist auch in unserem Sinn, kann jedoch wegen des freien Marktes nur durch unsere WST begleitet werden.

Wir freuen uns, dass die Chancen für ein **„Mobilitätscenter Bahnhof“** durch den jetzigen Investor deutlich gestiegen sind.

 Der Haushaltsansatz zum **Rheinsteg** ist aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses und der allseits bekannten finanziellen Entwicklung auf 0 gesetzt. Unsere Fraktion hat beschlossen, die weiteren Verhandlungen zunächst abzuwarten. Wir weisen aber darauf hin, dass ab Februar nächsten Jahres ein neuer Bürgerentscheid möglich ist und wohl auch über ein Bürgerbegehren durchgesetzt wird, sollten sich die Kosten in einer für unsere Fraktion unannehmbaren Höhe bewegen.

Im **Naturschutzbereich** halten wir die im Haushalt eingestellten drei Peanuts von jeweils 2.500 € als Maßnahmen gegen das Insektensterben nur für einen Tropfen auf den heißen Stein. Wir haben bereits in Gesprächen mit der Verwaltung angekündigt, Anfang nächsten Jahres ein entsprechendes Maßnahmenpaket mit Schwerpunkt „Lokaler Biotopverbund“ vorzuschlagen und auch zu versuchen, Grenzach-Wyhlen mit einzubeziehen. Ein grenzüberschreitendes Konzept, teilfinanziert durch Interreg, halten wir jedoch nicht mehr für zielführend.

Wir stimmen dem Haushaltsplan und der Haushaltssatzung für das Jahr 2019 zu.

Ich möchte es zum Abschluss nicht versäumen, mich im Namen meiner Fraktion den herzlichen Dankesworten für die geleistete Arbeit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung anzuschließen.

Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit im (fast) vergangenen Jahr.

Heiner Lohmann

Fraktionsvorsitzender